

Klima . Raumplanung . Aktiv

Gemeinden : Opfer und Täter

Anlass für die Tagung Klima.Raumplanung.Aktiv der Bundesfachgruppe Raumplanung, Landschaftsplanung und Geografie, die in Kooperation mit dem Lebensministerium durchgeführt wurde, war ein Forderungsprogramm der Klimabündnisgemeinden an die Bundesregierung. Dabei wurde neben anderen Punkten auch Verbesserungsmöglichkeiten in der Raumplanung gefordert.

Die Gemeinden mit ihrer weitgehenden Planungsautonomie gehören einerseits zu den Tätern, aber auch zu den Opfern dieser Entwicklung. So steigt etwa der Flächenverbrauch in Österreich für Verkehr- und Bauflächen weiterhin an (2007: 4.280 km²), obwohl in der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes eine Reduktion auf 1/10 bis 2010 festgeschrieben wurde. Auch das weiterhin rasant steigende Verkehrsaufkommen ist nicht zuletzt auf eine verfehlte Raumordnung mit Zersiedlung und geringer Abstimmung mit öffentlichen Verkehrsträgern zurückzuführen.

Andererseits kommt zu den zusätzliche Aufgabenerfüllungen im kommunalen Bereich bei gleichzeitiger budgetärer Schrumpfung auch noch die steigende Verwundbarkeit durch die Auswirkungen des Klimawandels. Dazu zählen Naturgefahren, Beeinträchtigungen im Wintersport, erhöhte Kosten für Wasserversorgung bis hin zu erhöhten Gesundheitsrisiken. Auch wird der Druck auf zusätzliche Ausgaben und Kostenbeteiligungen zur Aufrechterhaltung von Infrastrukturen, wie öffentlicher Verkehr und Nahversorgung steigen.

Kyoto-Ziele verfehlt

Laut jüngsten Meldungen des Rechnungshofes ist es unwahrscheinlich, dass Österreich das Kyoto-Ziel erreichen wird. Ein Vertragsverletzungsverfahren und daraus resultierende Strafzahlungen in noch nicht vorhersehbarer Höhe müssten in Kauf genommen werden.

Da ebenso wie bei der Klimaentwicklung auch bei raumordnungsrelevanten Eingriffen heute gesetzte Maßnahmen mit großer zeitlicher Verzögerung wirksam werden, sind gemeinsame Anstrengungen unerlässlich. Eine entsprechende vertikale Vernetzung der Planungsebenen Bund – Land – Gemeinden ist daher von entscheidender Bedeutung. Die erstmals seit neun Jahren wieder tagende Österreichischen Raumordnungskonferenz in politischer Zusammensetzung ist aus diesem Aspekt zu begrüßen. Zum ersten Mal wurde auch das Thema „Energie und Raumentwicklung“ in den Bericht aufgenommen, weil Fragen der alternativen Energiegewinnung oder der Energieeffizienz einen zunehmenden Einfluss auf die räumliche Entwicklung nehmen.

Die Rolle der Raumplanung

Verkehr und Raumwärme sind für 43% der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Rechnet man die Energieaufbringung für Einzelverbraucher, Siedlungswesen und Verkehr im

Ausmaß von 17% dazu, wird die große Verantwortung für die Querschnittsmaterie Raumplanung und Raumentwicklung deutlich.

Die Blechlawinen in den Speckgürteln der österreichischen Zentralräume für Pendler-, Einkaufs- und Freizeitfahrten sind vielleicht weniger das Ergebnis von zahnlosen Raumordnungsgesetzen als die teilweise noch zu wenig ernsthafte Anwendung durch Politik, Planer und Aufsichtsbehörden. Aber auch eine Reihe von raumordnungsfeindlichen Ausgleichs- und Förderinstrumentarien wie Pendlerbeihilfen oder räumlich undifferenzierte Wohnbau- und Wirtschaftsförderungsansätze konterkarieren eine klimafreundliche Raumentwicklung. Am besten lässt sich die Grundhaltung mehrerer Referenten durch das Statement ausdrücken: „Was nützt das beste Passivhaus, wenn es auf der grünen Wiese steht?“

Ansatzpunkte auf lokaler und regionaler Ebene

Beim PlanerInnentag der Bundesfachgruppe Raumplanung, Landschaftsplanung und Geografie wurden neben grundsätzlichen Rahmenbedingungen und Anforderungen für eine klimataugliche Raumentwicklung auch konkrete, durchaus erfolgreiche Projekte vorgestellt. Insgesamt umfassten die Beiträge der Experten ein breites Bild erforderlicher Anpassungs- und Verhinderungsstrategien:

- Einführung einer generelle Klimaverträglichkeitsprüfung für Regelungsvorhaben und Förderungen auf Bundes- und Landesebene
- Energie- und Raumplanung auf regionaler Ebene mit einer Festlegung von Klimazonen, Energieträgern (Abwärme, biogene Energie, ergänzende fossile Energie), Anschluss- und Einsparbereichen
- Entwicklung eines Energieausweises für Siedlungen mit einer energetischen Bewertung zur Verhinderung von Energie-fressenden Faktoren wie Standort, Ausrichtung, Erschließung, Erreichbarkeit und Freiraumqualität. Die Umsetzung dieses Modells erfolgt in der Siedlungs-, Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung.
- Der Bebauungsplan stellt ein wichtiges Instrument zur Absicherung verdichteter Bauformen und zur optimierten Ausrichtung der Parzellenstruktur nach Besonnungsverhältnissen dar
- Raumentwicklungspolitik der kurzen Wege mit Nutzungsmischungen und Funktionsüberlagerungen: dazu zählen Chancengleichheit zwischen PKW- und ÖV-Nutzern, sparsame Erschließungen, „shared space“, Begegnungszonen, Modellprojekte autofreier Siedlungen
- Strikte Koppelung von Baulandausweisungen an leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel
- Stärkung des Raumentwicklungsinstrumentariums und dessen Koppelung mit Anreiz- und Förderungssystemen. Dazu können eine regionalisierte standortabhängige Wohnbauförderung, die Stärkung von regionalen Wirtschaftskreisläufen und konkretere Rahmensetzungen für die Raumordnung auf Bundesebene herangezogen werden.
- Mobilitätsmanagement in verschiedenen Bereichen (Betriebe, Schulen, lokale Ebene) wird als sparsame Alternative – oder zumindest wichtige Ergänzung teurer Infrastrukturinvestitionen gesehen.

- Freihaltung und mittelfristige Freimachung von Hochwasserabflussbereichen und sonstigen Gefährdungszonen; Berücksichtigung von zukünftig möglichen Wiederaufbauverböten nach Katastrophenereignissen als Vertragsbedingung durch die Versicherungswirtschaft
- Unterstützung von klima- und umweltrelevanten Forschungs- und Modellvorhaben (Europäische territoriale Zusammenarbeit, ÖROK-Projekt Energie & Raumentwicklung, regionale Klimafolgenabschätzung, Modellvorhaben der Gemeinden,...)
- Förderung von Transparenz und Kostenwahrheit als Grundlage für einen notwendigen permanenten Diskussions- und Verhandlungsprozess unterschiedlicher Interessen in Verbindung mit einem nachhaltigen Monitoring zur klimafreundlichen Raumentwicklung
- Prioritätensetzung auf energieeffizientes Bauen mit einer Konzentration der Wohnbauförderung auf Objekte mit 0-Energie und Passivhausstandard
- Eine insgesamt dramatische Einschränkung des Bodenverbrauchs im Zusammenhang mit einer Verdichtung nach innen, Folgenutzung von Brachflächen, Einführung eines Zertifikathandels für Boden, etc.
- Anpassung von gefährdeten Wintersportregionen an neue klimatische Rahmenbedingungen
- Umsetzung von PPP-Modellen zwischen privater und öffentlicher Risikovorsorge (Versicherungsindustrie, Katastrophenfonds und betroffene Bürger)
- Regenwassermanagement auch in städtischen Bereichen als Ansatz für die Reduktion der Abflussmengen und die Verbesserung des Kleinklimas
- Verstärkung der Information, Kommunikation und Motivation der Bürger im Sinne eines erhöhten Bewusstseins und notwendiger Haltungsänderungen (Klimabündnis, Klima.aktiv Schwerpunkte Energie, Mobilität, Freizeit, Schulen, Bauen, Klimapreise)
- Qualifizierung und die Entwicklung neuer Rollenbilder bei Raumplanern, Landschaftsplanern und Architekten im Sinne der Raumverantwortung und eines immer stärker notwendigen interdisziplinären und prozessorientierten Denkens.

Ein klares Bekenntnis zu Raumplanung und Klimaschutz und eine dementsprechende „Vorsorge- und Vorzugspolitik“ der öffentlichen Hand sind aber letztlich die Voraussetzung für die mögliche Erreichung der vereinbarten Klimaziele. Auch unter den Prämissen der aktuellen Wirtschaftskrise und steigender Staatsverschuldung sind Vorsorgemaßnahmen bei weitem effizienter als nachträgliche teure Reparaturerefordernisse. Den Gemeinden kommt dabei auf Grund der umfangreichen raumplanerischen Kompetenzen eine zentrale Rolle zu.

Die einzelnen Beiträge der Tagung Klima.Raumplanung.Aktiv sind auf der homepage der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten unter www.bsic.at/raum/aktuelles_html/Planertag_8 downloadbar.